

Stand: 09.02.2026 13:24:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13696

"Agrarpolitik an bayerische Verhältnisse anpassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13696 vom 20.10.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14688 des LA vom 09.11.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 24.01.2017
4. Beschluss des Plenums 17/15370 vom 09.02.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 09.02.2017



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Agrarpolitik an bayerische Verhältnisse anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Halbzeitbewertung der gemeinsamen Agrarpolitik die dann mögliche

- Umschichtung von Direktzahlungsgeldern aus der 1. Säule in qualitativ anspruchsvolle landwirtschaftsbezogene Förderangebote in der 2. Säule erfolgt. D.h. die Umschichtung von heute 4,5 Prozent auf die möglichen 15 Prozent im Jahr 2018.
- Umschichtung der Mittel auf die jeweils ersten Hektare je Betrieb umgesetzt wird. Die Umschichtung würde dadurch von heute 7 Prozent auf die möglichen 30 Prozent angehoben.
- Kappung der Direktzahlungen eingeführt wird.

Begründung:

Die Krise der Landwirtschaft hat sich inzwischen verstetigt. Dies zeigt, dass die bisherigen Wege der gemeinsamen Agrarpolitik für die bayrischen Landwirtinnen und Landwirte nicht zielführend sind. Um zukunfts-fähig und nachhaltig wirtschaften zu können, müssen die öffentlichen Mittel an öffentliche Leistungen geknüpft werden. Das Verharren auf den Bestand der Direktzahlungen nützt nur den Grundbesitzern, da die Direktzahlungen bei Pachten durchgereicht werden. Die Umschichtung auf die ersten Hektare, die meistens im Eigenbesitz sind, wirkt dem entgegen und stärkt vor allem die kleinteilige bayerische Landwirtschaft.

Bereits jetzt sind die Agrarumweltprogramme deutlich überzeichnet. In vielen Landkreisen trägt die zweite Säule mehr zum betrieblichen Einkommen bei als die erste Säule. Damit die finanziellen Engpässe überwunden werden, müssen Mittel aus der ersten in die zweite Säule transferiert werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/13696

Agrarpolitik an bayerische Verhältnisse anpassen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Gisela Sengl**
Mitberichterstatter: **Martin Schöffel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 9. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Angelika Schorer
Vorsitzende

Themenkomplex zu achten und dieses Thema beim Abschluss des neuen Innovationsbündnisses und bei der jeweiligen Einzelzielvereinbarung hinsichtlich der neuen Finanzausstattung und der Gewichtung der Zuschüsse, was die Ressourcenseite angeht, deutlich in den Blick zu nehmen.

Auch bei der Einbindung der Frauenbeauftragten – ich war selber mit ursächlich dafür, dass wir diese Option in der Hochschulgesetzgebung eröffnet haben – geht es darum, die Eigenverantwortung der Hochschulen zu stärken. Von dieser Möglichkeit wird bereits an einigen Hochschulen, etwa an der TH Regensburg und der Universität Bayreuth, Gebrauch gemacht. Andere Hochschulen, etwa die LMU, die Universität Augsburg oder die Julius-Maximilians-Universität, haben ein Mitglied der Hochschulleitung konkret mit dem Thema der Gleichstellung betraut.

Ich darf auch einmal auf Folgendes hinweisen. Der Anteil von Frauen in den Hochschulräten in Bayern hat sich von 14 % im Jahr 2006 auf 34,4 % im Jahr 2015 erhöht, in Deutschland von 20 auf 35 %. Mit dem Anreiz, dieses Thema umzusetzen, ist also die Beteiligung weiblicher Kräfte in diesen wichtigen Gremien auf einem bundesweiten Niveau angelangt, was uns aber nicht ruhen lassen darf. Ich darf allerdings schon darauf hinweisen, dass im Bereich wichtiger wissenschaftspolitischer Unternehmen, etwa der Exzellenzinitiative, bei der die Gleichstellung eine wichtige Rolle gespielt hat, fast alle Universitäten und bei der Umsetzung der Professorinnen-Programme neben allen Universitäten auch zwölf der Hochschulen für angewandte Wissenschaften erfolgreich waren. Eine Vielzahl der bayerischen Hochschulen ist beim Gleichstellungsstandard der DFG mit den Stadien 1 bis 4 im Stadium 3 unterwegs. Für uns ist wichtig, dass wir das Leitprinzip auch in der Hochschulverwaltung und anderen relevanten Bereichen umsetzen.

Für mich hat die Zusammenschau des Einsatzes der Instrumente unter Wahrnehmung der Eigenverantwortung der Hochschule mit Zielvorgabe und Kontrolle – das ist das Grundverhältnis zwischen den Hochschulen und dem Staat, das wir in der Wissenschaftspolitik eingeführt haben – einen zentralen Stellenwert. Wir sind auf dem richtigen Weg, sind aber – das sage ich ausdrücklich – hier noch nicht am Ziel.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. – Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt sämtliche Anträge zur Ablehnung. Besteht damit Einverständnis, dass wir

über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung die Voten des federführenden Ausschusses zugrunde legen? – Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Kunst einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Anträge sind damit abgelehnt.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 14 aufrufe, möchte ich Ihnen bekannt geben, dass der Tagesordnungspunkt 15 – Agrarpolitik an bayerische Verhältnisse anpassen – in Abstimmung der Fraktionen heute von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Die Dringlichkeitsanträge werden sofort nach dem Tagesordnungspunkt 14 aufgerufen. Bitte verständigen Sie Ihre Redner entsprechend.

Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Richtlinien zur Sexualkunde an Schulen wie angekündigt endlich in Kraft setzen
(Drs. 17/13313)

Ich eröffne die Aussprache. Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 24 Minuten verständigt. – Erste Rednerin ist die Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Spaenle, ich glaube, das ist schon auch ganz speziell Ihre Debatte, und ich fände es ziemlich angebracht, dass Sie im Raum bleiben. Nachdem Sie sich mit der "Demo für alle" treffen, fände ich das in diesem Fall wirklich angebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte nämlich, dass unsere Kinder ein weltoffenes und vielfältiges Bayern gezeigt bekommen, auch in der Schule. Ich möchte heute in der Debatte gar nicht darauf eingehen, ob es große Unterschiede zwischen dem, was im März in den Richtlinien stand, und dem gibt, was vor Kurzem verabschiedet wurde. Ich möchte heute vielmehr gerne darüber reden, wie der



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Müttze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/13696, 17/14688

Agrarpolitik an bayerische Verhältnisse anpassen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Gisela Sengl

Abg. Martin Schöffel

Abg. Horst Arnold

Abg. Dr. Leopold Herz

Staatsminister Helmut Brunner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Agrarpolitik an bayerische Verhältnisse anpassen (Drs. 17/13696)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Die erste Rednerin ist die Kollegin Sengl. – Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute noch öfter die Gelegenheit haben, über die Agrarpolitik zu sprechen. Heute Vormittag gibt es einen ganz guten Einstieg in diese Thematik. Die Agrarpolitik soll an die bayerischen Verhältnisse angepasst werden. Unser Antrag zielt darauf ab, dass sich die Politik verändern muss, wenn sie wirklich die kleinstrukturierte und vielfältige bäuerliche Landwirtschaft in Bayern unterstützen und bewahren will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Antrag umfasst drei Spiegelstriche und beruft sich vor allem darauf, dass es jetzt möglich ist, die EU-Agrarpolitik zu verändern. Durch die anstehende Halbzeitbewertung können jetzt wieder andere Bewertungen vollzogen werden. Die erste Forderung ist die Umschichtung der Gelder von der ersten in die zweite Säule. Bis jetzt werden lediglich 4,5 % umgeschichtet. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig 15 % umgeschichtet werden.

Die zweite Forderung ist der weitere Ausbau der Förderung der ersten Hektare.

Die dritte Forderung ist die Kappung der Direktzahlungen ab einer gewissen Höhe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem die erste Forderung nach der Umschichtung der Gelder von der ersten in die zweite Säule würde den bayerischen Bauern am meisten helfen. Warum? – Diese Gelder sind zu 100 % EU-Gelder. Sie müssen also nicht kofinanziert werden.

(Staatsministerin Ilse Aigner: Falsch!)

Sie stehen also den bayerischen Bauern zu 100 % zur Verfügung.

(Staatsministerin Ilse Aigner: Das ist falsch!)

Diese Gelder müssen in der Landwirtschaft bleiben. Sie dürfen nicht für Dorferneuerungsprogramme oder sonstige ländliche Räume verwendet werden. Sie müssen in der Landwirtschaft bleiben.

Die Landwirtschaft braucht diese Gelder. Warum braucht die Landwirtschaft diese Gelder? – Wir haben ja in Bayern ein tolles Kulturlandschaftsprogramm. Was passiert mit diesem Programm? – Programme werden geschlossen, weil das Geld zu wenig ist. Im Jahr 2016 war das sehr eklatant. Viele Programme sind überhaupt nicht angeboten worden. Auch im Jahr 2017 werden Programme, zum Beispiel das Programm B40 "Erhalt artenreiches Grünland", nicht angeboten. Dieses Programm würde vor allem den Bienen helfen. Gerade für diese Programme brauchen wir Gelder. Das würde den Bauern helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich würde auch die Förderung der ersten Hektare helfen. In Deutschland beträgt die Durchschnittsgröße der Bauernhöfe circa 58 Hektar. In Bayern liegt der Durchschnitt bei etwa 31 bis 34 Hektar, je nach Statistik. In Bayern gibt es also sehr viel mehr kleinere Bauernhöfe als im Rest Deutschlands. Was ist mit diesen kleinen Bauernhöfen? – Die kleinen Bauernhöfe würden eine große Hilfe erfahren, wenn man wirklich die ersten Hektare massiv unterstützen würde. Die Unterstützung würde man

natürlich den großen Bauernhöfen wegnehmen. Aber was wollen wir denn für eine Landwirtschaft? – Wir wollen eine kleinstrukturierte und vielfältige Landwirtschaft. Lassen Sie uns alles ausnutzen und nicht nur 7 %, sondern 30 % umschichten.

Genauso sieht es bei der Kappung der Direktzahlungen aus. 150.000 Euro Direktzahlungen an einen Betrieb müssen ausreichen, egal, wie groß der Betrieb ist. Wenn wir endlich eine Kappung der Zahlungen einführen würden, hätten wir sehr viel mehr Geld für die anderen Betriebe zur Verfügung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich schreien dann die ostdeutschen Betriebe auf. Aber die bayerische Agrarpolitik ist nicht dafür zuständig, dass ostdeutsche Betriebe die Summe ganz locker als Gewinn mitnehmen können. Ich bitte Sie ernsthaft: Wenn wir den Bauern helfen und die bayerische Landwirtschaft erhalten wollen, wenn wir die bayerische Landwirtschaft fördern wollen und auch umweltgerechter, tiergerechter und bodenschonender ausbauen wollen, dann müssen Sie diesen Antrag unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Schöffel von der CSU das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Sengl, man kann nach Ihrer Rede wieder einmal eindrucksvoll feststellen: Das, was Sie an Substanziellem in der Agrarpolitik vortragen, nämlich die Förderung der ersten Hektare, haben Sie von der CSU abgeschrieben. Das ist ein Erfolg Helmut Brunners bei der Agrarministerkonferenz. Das ist unser Vorschlag. Vieles andere aus Ihrem Vortrag ist geprägt von Unwissen, Halbwissen und Falschwissen. Ich will Ihnen Folgendes sagen: Wir, die CSU, haben bereits Politik für die bäuerlichen Betriebe gemacht, als es die GRÜNEN überhaupt noch nicht gab.

(Beifall bei der CSU)

Ich will Ihnen sagen, wie wir mit diesem Antrag weiter verfahren. Wir stehen für eine starke erste Säule auf der EU-Ebene. Wir brauchen eine starke erste Säule. Sie ist letztendlich die Anerkennung für die großen Leistungen unserer Bäuerinnen und Bauern, die sie in der EU auch unter den Bedingungen auf dem Weltmarkt erbringen müssen. Es gibt hier hohe Anforderungen in den Bereichen Soziales, Umwelt und Biodiversität. Ich will deutlich sagen, dass wir zum Greening stehen. Aber wir müssen dorthin kommen, dass das Greening praxistauglich wird. Im Moment wird beklagt, dass wir noch mehr Pufferstreifen und noch mehr Gewässerrandstreifen brauchen. Das ist richtig. Aber dann muss das auf EU-Ebene endlich so umgesetzt werden, dass die Landwirte das auch anwenden können und nicht die Gefahr besteht, dass sie Zahlungen zurückzahlen müssen, weil die ganze Sache zu bürokratisch und zu kompliziert ist.

Wir stehen natürlich auch zur Förderung der ersten Hektare. Diese Förderung bedeutet letztendlich tatsächlich eine Umschichtung von den größeren Strukturen in die kleineren Strukturen. Sie bedeutet auch eine Stärkung des Eigentums. Die ersten 46 Hektar sind in der Regel im Eigentum der Betriebe. Das führt nicht, so wie Sie das darstellen, zu einer Verschiebung hin zu den Verpächtern. Die erste Säule ist einkommenswirksam. Diese brauchen wir auch weiterhin. Sie wirkt stabilisierend auf unsere Betriebe. Es ist richtig, dass die Bauern auch die zweite Säule dringend brauchen. Aber Sie nehmen das Geld aus der ersten Säule und koppeln es an zusätzliche Leistungen. Sie nehmen den Bauern das Geld weg; versehen mit zusätzlichen Leistungen wollen Sie es in der zweiten Säule zurückgeben. Das ist Politik auf dem Rücken der Bauern, und das geht mit uns überhaupt nicht!

(Beifall bei der CSU)

Eine weitere Verbesserung bei den ersten Hektaren ist auch unser Ziel. Das habe ich schon angesprochen. Doch dafür braucht es einen Verhandlungsansatz. Sie tun so,

als ob wir die Förderung für die Betriebe in den neuen Bundesländern im Bayerischen Landtag entscheiden. Das ist letztendlich ein kompliziertes Verhandlungssystem, bei dem die EU-Agrarpolitik einbezogen wird und bei dem sich auch alle Agrarminister in Deutschland einig sein müssen. Der jetzige Beschluss ist für die bayerischen Betriebe ein großer Erfolg. Jedes Jahr gibt es für Bayern 40 bis 50 Millionen Euro mehr. Das können wir nicht einfach aufkündigen. Das würde zu Turbulenzen in der Agrarpolitik führen. Das würde auch zu einer Destabilisierung unserer Förderpolitik und unserer Agrarpolitik führen. Das können wir nicht wollen. Wir müssen schauen, wann die Förderung der ersten Hektare wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Verbesserungen in diesem Bereich sind unser Ziel. Wir wollen Verbesserungen ermöglichen. Die Frage ist nur, wann wir die weitere Umsetzung erreichen können. Das ist der bayerische Ansatz.

Bei der Frage "Degression oder Kappung für die Großbetriebe?" sind wir uns einig. Doch die Förderung der ersten Hektare und die Frage, wie die neuen Bundesländer da mitgehen können und wie das alles finanziert wird, sind ein gemeinsames Verhandlungspaket. Beides, Kappung oder Degression, sehen auch wir als Möglichkeiten der notwendigen Umschichtung.

Wir stehen für die bäuerlichen Betriebe – ich habe das gerade schon ausgeführt –, für eine flächendeckende, bäuerliche Landwirtschaft und für Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und auf dem Land. Wir wollen die landwirtschaftliche Praxis und die Arbeitsplätze auf dem Land halten. Unsere Landwirtschaft sorgt für gesunde Nahrungsmittel, für lebendige Dörfer, für eine attraktive Kulturlandschaft. Deswegen richten wir unsere Förderpolitik auf die ersten Hektare aus, auf agrarökologische Maßnahmen, wie sie im KULAP gefördert werden, auf die Förderung der benachteiligten Gebiete und auf die Förderung ausschließlich tiergerechter und kleinerer Ställe.

(Zuruf von der SPD)

Doch der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist: Wir stellen keine Betriebsform an den Pranger, solange bäuerliche Werte und bäuerliche Wirtschaftsweise dargelegt sind. Wir schreiben in unserem Grundsatzprogramm: Alle Betriebsformen und -größen müssen möglich sein. Das gilt nicht – das sage ich ausdrücklich – für die Pohlmanns und Straathofs. Aber wenn ein Betrieb sich weiterentwickelt hat, gewachsen ist und nach bäuerlichen Werten und der guten fachlichen Praxis geführt wird, dann stellen wir diesen nicht an den Pranger. Diese Betriebe haben vielmehr in Bayern die gleiche Existenzberechtigung wie alle anderen. Das müssen Sie letzten Endes auch mal kennenlernen.

Wir setzen auf die beste Ausbildung, auf eine professionelle Verbundberatung, auf höchste Qualität und auf gute Vermarktung unter der Marke Bayern. In diesen Zeiten ist es dringend notwendig, unsere Landwirtschaft so darzustellen, wie sie wirklich ist, und sie in Schutz zu nehmen. Ich befürchte Schlimmstes, wenn ich daran denke, was in diesem Jahr, in einem Jahr mit Bundestagswahl, im postfaktischen Zeitalter, wo man nur noch mit Emotionen und nicht mehr mit Fakten arbeitet, beim Thema Agrarpolitik noch auf uns zukommt. Das werden Sie letzten Endes heute begründen müssen, lieber Kollege Arnold. Sie haben die Bundesumweltministerin im Ausschuss ständig und immer wieder verteidigt, bei jeder Frage, über die wir diskutiert haben. Was da jetzt passiert ist, ist ein Skandal. Das will ich an dieser Stelle eindeutig sagen. Bei dieser Plakataktion zu den "neuen Bauernregeln" werden Verfehlungen Einzelner herausgegriffen und so hingestellt, als wären sie die Praxis der Mehrheit der deutschen Betriebe. Da wird letzten Endes eine Tradition bäuerlichen Lebens in den Dreck gezogen. Steuergelder werden eingesetzt, um Bundestagswahlkampf zu machen und um eine ganze Branche letzten Endes – –

(Horst Arnold (SPD): ... zu verunglimpfen!)

– Ja, zu verunglimpfen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Manchmal muss man ihm schon a weng helfen!)

Die Landwirtschaft wird von dieser Ministerin aufgegeben, nur um Stimmen in der Großstadt zu fangen. Das ist nicht postfaktisch, das ist aus meiner Sicht eine Sauerei. Die Umweltministerin braucht die Gesprächsbasis mit der Landwirtschaft; deswegen kann sie ihr Amt nicht mehr weiter ausführen und ist letztlich für diese Aufgabe in keiner Weise mehr geeignet.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Bravo! – Horst Arnold (SPD): Zum Thema!)

Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN ab, weil er im Bereich der ersten Hektare etwas fordert, was wir schon lange Zeit verfolgen. Wir lehnen auch eine Umschichtung von der ersten Säule in die zweite Säule in dieser Form ab. Damit würde Politik auf dem Rücken der Bauern gemacht. Das ist nicht unser Ansatz.

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön. Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Die Frau Kollegin Sengl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich möchte nur noch etwas klarstellen: Wir stellen keine Bäuerinnen und Bauern an den Pranger. Wir wollen nur, dass die Verteilung von Steuergeldern an Bedingungen geknüpft wird. Das heißt: Die Leistungen, die die Landwirtschaft für Umweltschutz, Bodenschutz, Wasserschutz, Tierschutz erbringt, sollen belohnt und gefördert werden. Dafür brauchen wir mehr Geld. Das haben wir gesehen, sonst hätten wir nicht so viele Maßnahmen im KULAP schließen müssen. Man könnte natürlich auch noch mehr Maßnahmen eröffnen. Dafür brauchen wir Geld, und das ist nicht Politik auf dem Rücken der Bauern, im Gegenteil, das würde sie fördern. Viele Landwirte haben die Programme leider nicht in Anspruch nehmen können, weil das Geld nicht da war, weil das Programm geschlos-

sen war. Die Bauern haben sich jetzt endlich mal auf den Weg gemacht und werden gehindert von der Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Kollege Schöffel, Sie haben das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Es kann immer noch mehr sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich will darauf hinweisen, dass wir allein in diesem Doppelhaushalt mehr als 150 Millionen Euro zusätzlich für die Landwirtschaft, für das KULAP, für unsere Förderprogramme einsetzen. Kein Bundesland tut mehr für unsere Bäuerinnen und Bauern als Bayern, und wir haben den Ansatz, den ich vorhin deutlich dargelegt habe.

Doch eines muss klar sein: Sie verfolgen eine Landwirtschaft aus dem Bilderbuch, die mit der Praxis in den Betrieben oft nichts zu tun hat. Sie stellen Bäuerinnen und Bauern an den Pranger, die ihre Betriebe nach modernen Gesichtspunkten ausrichten und im Sinne von Umwelt und Tierwohl arbeiten, was Sie gar nicht erkennen wollen. Sie agieren in einer Art und Weise, die mit der landwirtschaftlichen Praxis nichts zu tun hat. Ich denke, dass Sie bäuerliche Betriebe, wie sie in Bayern an der Tagesordnung sind, eigentlich ablehnen. Das zeigt Ihre ganze Politik und die Art und Weise, wie Sie sie machen, auch in unserem Ausschuss. Da kommen wir letzten Endes nicht zusammen. Dieser Antrag geht jedenfalls in weiten Teilen in die falsche Richtung, und den lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Schöffel. – Als Nächster hat der Kollege Arnold von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Schöffel, für die Behandlung Ihres Hendricks-Aversions-Syndroms haben wir bei der Beratung der

Dringlichkeitsanträge noch genügend Zeit. Da wird es insoweit emotional genauso hoch hergehen. Ich bin auch gerne bereit, Ihnen weiterhin Stichworte zu soufflieren.

Der Antrag, der von den GRÜNEN gestellt wird, ist sicherlich ein schöner Antrag; er ist aber letztendlich von der Praktikabilität her zu hinterfragen. Welchem Zweck dient er?

– Er dient offensichtlich dazu, die Bedürfnisse einer typisch grünen Klientel zu bedienen; denn die Praktikabilität, die dahinter steht, ist aus meiner Sicht sehr schwierig. Wenn wir von den ersten Hektaren und den Zuständigkeiten reden, ist es richtig: Die Förderung der ersten Hektare ist von der Agrarministerkonferenz beschlossen worden. Ich bin hier insbesondere den sogenannten A-Ländern sehr dankbar; denn Bayern mag stark sein, aber es macht nur ein Sechzehntel von sechzehn Bundesländern aus. Till Backhaus und Jörg Vogelsänger, Agrarminister der SPD also, aber auch Agrarminister der GRÜNEN haben diese Zugeständnisse an die Kleinteiligkeit der Agrarwirtschaft bzw. der Agrarpolitik gemacht. Nur deswegen funktioniert's. Es mag sein, dass die CSU oder Herr Brunner den Antrag gestellt haben. Aber wenn etwas beantragt, aber von der Mehrheit abgelehnt wird – eine üble Gepflogenheit in diesem Haus –, setzen sich selbst die besten Argumente nicht durch und werden einfach von der Mehrheit niedergebügelt.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie sich ein Vorbild an der Agrarministerkonferenz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. – Aber nochmal zurück zu Ihnen: Natürlich unterstützt die erste Säule das Einkommen der Bauern massiv. Die Anhebung der Umschichtung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule von derzeit 4,5 % auf 15 %, wie Sie es ab dem Jahr 2018 beabsichtigen, führt in fachlicher Sicht zu Verwerfungen. Nach dem Agrarbericht 2014 erzielt ein Durchschnittsbetrieb einen Gewinn von 43.365 Euro. Die Beihilfen betragen in diesem Zusammenhang 27.154 Euro. Die Betriebspromie, also die erste Säule, beträgt 16.300 Euro. Damit machen die Beihilfen knapp 60 % des Gewinns aus, die Prämie 40 %. Aus der zweiten Säule stammen 2.971 Euro in Form der Agrarumweltmaßnahmen, das sind 10 % der Beihilfen und 7 % des Gewinns.

Insofern ist klar: Nachdem die Agrarwirtschaft und die bäuerlichen Familienbetriebe derzeit in einer Notlage im Hinblick auf das Einkommen sind, führen solche radikalen Schritte nicht nur zu fachlichen, sondern auch zu sozialen Verwerfungen. Letztendlich gefährden sie im Hinblick auf die Betriebsgrößen den ganzen ländlichen Raum in seiner Gesamtstruktur. Das können wir in diesem Zusammenhang nicht mittragen. Aber die Gedanken, die Sie dazu anstellen, sind langfristig durchaus überlegenswert. Wir sind auch dafür, die zweite Säule zu stärken. Das haben wir beispielsweise auch im Agrarausschuss getan; wir haben nämlich den Antrag gestellt, Frau Sengl, zu prüfen, ob die Förderung der ersten Hektare in Bayern unter Umständen auch in der zweiten Säule möglich ist. Erstaunlicherweise ist diesem Antrag Ihre Zustimmung versagt geblieben. Ich kann Sie wörtlich zitieren. Sie sagen: Die ersten Hektare haben in der zweiten Säule nichts zu suchen. Mit dieser Begründung haben Sie diesen Antrag abgelehnt. Wenn Sie Ihre Aussage zu den ersten Hektaren ernst meinen, dann ziehen Sie das doch durch! Kommen Sie nicht mit pauschalen Ablehnungsargumenten, die, nachlesbar und offensichtlich in Ihrer Gesinnung verankert, einen Bruch mit dem Eindruck, den Sie hier erwecken wollen, darstellen, nämlich für die ersten Hektare zuständig zu sein.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass eine Kappungsgrenze erforderlich und notwendig ist. Wir müssen aber auch sehen, dass diese Kappungsgrenze Auswirkungen auf den Gesamtbetrag hat. Bei der derzeitigen Beschlusslage der Agrarministerkonferenz wird bezüglich der weiteren Förderung zu bedenken sein, dass die Gesamtbeträge durch die Kappungsgrenze nicht absinken. Wir müssen dafür sorgen, dass das Gesamtniveau erhalten bleibt. Das ist eine wichtige Aufgabe. Wir müssen sie auf unsere Agenda schreiben, damit sie in unserem Bewusstsein bleibt.

Wir haben festzustellen, dass die zweite Säule ein wichtiges Element ist. Wir haben festzustellen, dass die Mittel der zweiten Säule in der letzten Saison überzeichnet waren. Ich halte es für bitter notwendig, dass wir hier nacharbeiten. Wir haben festzu-

stellen, dass die zweite Säule auch deswegen überzeichnet ist, weil die Förderung von Biobetrieben Priorität hatte, und wir haben festzustellen, dass diese Förderung von Biobetrieben zumindest in Bayern, mit der Ausrichtung des Landwirtschaftsministers, einen Teilerfolg erzielt hat.

Wir haben aber auch festzustellen, dass dieser Landwirtschaftsminister der CSU von seinen eigenen Kumpaninnen und Kumpanen in der Fraktion in dieser Frage häufig alleingelassen wird. Die einzigen Fürsprecher für dieses wichtige Anliegen befinden sich in der Opposition. Deswegen werden wir die Zielrichtung Ihres Antrags nicht unterstützen. Wir halten aber die Denkrichtung für richtig. Deshalb werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Herr Kollege Arnold, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Frau Kollegin Sengl hat sich wiederum zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich muss heute laufend Aussagen richtig stellen. Dieses bewusste Missverständen einer Aussage enttäuscht mich schon fast. Das ist doch ganz klar: Die Hektar-Förderung findet in der ersten Säule statt. In der zweiten Säule findet die Maßnahmenförderung statt. Das war meine Aussage. Das ist so, wie es ist. Das ist eine Tatsache, von der wir ausgehen. Die Förderung der ersten Hektare kann nur aus den Geldern der ersten Säule erfolgen. Ich habe es vorhin schon lange genug ausgeführt: Natürlich bin ich dafür, dass wir die ersten Hektare noch viel mehr fördern sollten.

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege Arnold, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Ich habe diese Zwischenbemerkung erwartet und mir deshalb das Protokoll herausgesucht, das ich Ihnen jetzt vorlese. Frau Sengl teilt mit: Wir lehnen den Antrag der SPD ab; denn die Förderung der ersten Hektare sei in der ersten

Säule angesiedelt, nicht in der zweiten. In der ersten Säule wäre eine wesentlich höhere Förderung der ersten Hektare möglich. In der zweiten Säule haben diese Förderungen aber nichts zu suchen.

Mit diesem Pauschalismus eine phantasiereiche Politik zu betreiben, Respekt! Sie sind in dieser Frage eine Dirigistin. Wir haben seinerzeit einen Prüfantrag gestellt, mit dem die Frage untersucht werden sollte, ob die ersten Hektare in der zweiten Säule möglicherweise gefördert werden könnten. Mit Ihrem Votum haben Sie nicht einmal das zugelassen. Sie haben in Ihrer typischen Art gesagt: Geht nicht! Machen wir nicht!

Ich hätte es nicht gesagt, aber Ihre Intervention reizt mich dazu: Setzen Sie sich einmal mit den Argrarministerinnen und Agrarministern der GRÜNEN auseinander. Ihre Forderungen werden weder in Niedersachsen noch sonst wo die Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN finden, weil diese nämlich andere Interessen haben. Sie wollen keine Förderung der ersten Hektare. Sie müssen zunächst einmal versuchen, eine einheitliche Meinung bei den GRÜNEN zu finden. Die bayerischen GRÜNEN sind lediglich ein Sechzehntel der GRÜNEN in der Bundesrepublik.

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Kollege Dr. Herz vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschuldigung, von den FREIEN WÄHLERN – das Wort.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Noch nicht!)

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für den raschen Wechsel. Ich denke, hier im Haus ist das mit viel Spaß und Freude zur Kenntnis genommen worden.

Ich möchte kurz auf das eingehen, was meine Vorredner gesagt haben. Zunächst zu Frau Kollegin Gisela Sengl: Das wiederholte Betonen, dass die Landwirtschaft beim Tierschutz, beim Wasserschutz und in anderen Bereichen einen enormen Nachholbedarf habe, wird den Landwirten nicht gerecht. Ich behaupte, dass der überwiegende

Teil der Landwirte, 99,9 %, bei diesen Themen ordentlich arbeitet. Wir sollten vorsichtig damit sein, die Landwirtschaft und speziell die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft, die es in Bayern gibt, zu diffamieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte auch etwas zu den Äußerungen von Herrn Kollegen Schöffel ausführen. Ich bin hier nicht angetreten, um die Kollegin der GRÜNEN zu verteidigen. Die Politik der FREIEN WÄHLER ist es nicht, anderen Kollegen Unwissen oder Halbwissen zu unterstellen. Wer anderen Kollegen Unwissen oder Halbwissen unterstellt, bringt damit zum Ausdruck, dass er viel und der andere nichts wisse. Ich bitte deshalb die Kollegen auf der rechten Seite dieses Hauses, wieder zu mehr Sachlichkeit zurückzukehren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun zum Thema: Ich komme zu einer ähnlichen Bewertung wie Herr Kollege Horst Arnold. Wir haben damals im Ausschuss erklärt, dass dieser Antrag sinnvoll ist und seine Berechtigung hat. Wir haben deshalb angeboten, diesen Antrag zu teilen. Sie haben damals diese Möglichkeit nicht gesehen. Deshalb haben wir uns in der Bewertung für eine Enthaltung entschieden.

Die Forderung, die Gelder von der ersten in die zweite Säule umzuschichten, klingt zunächst sehr interessant und schick, da damit viele Möglichkeiten verbunden sind. Eines wird dabei aber außer Acht gelassen: Die Gelder der ersten Säule sollen direkt einkommenswirksam sein. Das sind sie in der Regel auch. Das ist aber bei den Geldern der zweiten Säule nicht der Fall. Würden wir hier umschichten, hätte ich Bedenken, dass die Gelder nicht automatisch wieder aufgestockt würden. Das ist das große Problem. Wir müssen die Agrarpolitik in einem großen Rahmen sehen. Da wird es nicht einfach wieder neues Geld geben.

Im letzten Jahr haben die Finanzquellen in Bayern nicht mehr in gleichem Maße wie früher gesprudelt. Viele Programme des Kulturlandschaftsprogramms wurden deshalb

nicht mehr angeboten. Da wir es nicht als realistisch ansehen, dass die Gelder im erforderlichen Maße wieder aufgestockt werden, lehnen wir den Antrag insoweit ab.

Damit komme ich zum dritten Punkt des Antrags. Die Kappungsgrenze halten wir für eine gute Möglichkeit für Bayern. Damit könnte die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft in Bayern in einem Maße gefördert werden, das ihr gerecht wird. Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion stehen in intensiven Konsultationen mit den Bauernverbänden. Ein Deutscher Bauernverband wird einer solchen Regelung niemals zustimmen. Seit der Wiedervereinigung im Jahre 1990 haben wir im Osten Betriebsgrößen, die in Bayern hoffentlich nie erreicht werden. Daher ist diese Forderung unrealistisch.

Damit komme ich zum zweiten Punkt des Antrags. Ich erkenne das Bemühen von Herrn Minister Helmut Brunner an. Mit der Förderung der ersten Hektare haben wir erreicht, dass den Betrieben ein Höchstsatz von 1.950 Euro bis zu den ersten 46 Hektar zugutekommt. Das ist ein erster Schritt, den wir anerkennen. Diesem Schritt müssen unbedingt weitere Schritte folgen. Der erste Schritt war ein psychologischer Schritt. Es war nicht leicht, diesen Schritt zusammen mit den anderen 15 Bundesländern, die zum Teil andere Ausrichtungen haben, durchzusetzen. Wir halten diesen Schritt jedoch für eine gute Möglichkeit, aktiv zu bleiben und die Landwirtschaft zu fördern. Ich glaube, da müssen wir Schritt für Schritt tätig sein. Die Behauptung der CSU – ich komme zum Abschluss –, dass der Zeitpunkt der falsche sei, um eine Förderung der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft in Bayern zu erreichen, stimmt nicht; denn dieser Zeitpunkt ist immer gegeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Brunner das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein paar Missverständnisse aufklären,

damit wir in der Diskussion immer dieselben Grundlagen haben. Zunächst freue ich mich, dass hier im Parlament – vorausgesetzt, alle meinen es ehrlich – die kleinen und mittleren Strukturen, wie wir sie in Bayern haben, von allen gestützt und gefördert werden. Das verfolgen wir mit unserer Agrarpolitik schon lange.

Frau Sengl, die erste Säule wird ausschließlich von Brüssel finanziert, und die zweite Säule wird national kofinanziert. Eine einfache Umschichtung ohne Folgen geht also nicht. Dann müssten national Gelder zur Verfügung gestellt werden. Zum anderen läuft seit 2015 die Gemeinsame Agrarpolitik mit den entsprechenden und von Ihnen auch angesprochenen positiven Auswirkungen für Bayern. Ministerkollegen aus anderen Ländern und selbst von anderen Parteien loben im Nachhinein den damals unter der Führung Bayerns in München erreichten Kompromiss. So haben wir vor wenigen Monaten bei der Agrarministerkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern auch das An-sinnen einiger Leute aus Deutschland diskutiert, schon während der Förderperiode Korrekturen und Veränderungen vorzunehmen. Der Kollege Vogelsänger aus Brandenburg, der SPD zugehörig, hat mich ausdrücklich unterstützt, während der Periode nichts zu ändern, weil der Kompromiss damals für alle erträglich und zielführend war. Im Übrigen verbindet die EU im Gegensatz zur früheren Förderperiode ausdrücklich mit einer Neuausrichtung der Agrarpolitik keine Halbzeitbewertung. Ich gebe allerdings zu, dass es den Nationalstaaten ermöglicht wird, Veränderungen vorzunehmen.

Aber ich bitte, auch Folgendes zur Kenntnis zu nehmen. Ilse Aigner hat als Bundeslandwirtschaftsministerin überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir die ersten Hektare besser bedienen dürfen. Ich habe das letzten Endes durchgesetzt und umgesetzt. Infolge der verstärkten Förderung der ersten 46 Hektar und der Junglandwirteförderung – logischerweise kommen die bayerischen Bauern da gut weg, weil jeder dritte Bauernhof Deutschlands in Bayern steht – kommen jährlich zusätzlich rund 50 Millionen Euro für unsere Landwirte in Bayern. Dieses Instrument möchte ich sehr wohl ausbauen, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt, weil das unrealistisch ist. Bereits jetzt laufen Gespräche in den Parlamenten der Länder. Ich habe mich

mit Österreich, mit Polen und mit Tschechien bereits verständigt, wie die Neuausrichtung der Agrarpolitik ab 2020 gestaltet werden soll. Es ist unsere Aufgabe, Freunde für die neue EU-Agrarpolitik ab 2020 zu finden, aber nicht, jetzt national noch Veränderungen vorzunehmen.

Es klingt so verführerisch: Verschieben wir doch mehr Geld von der ersten in die zweite Säule. Aber ehrlicherweise müssen wir doch sagen, dass jeder Euro, den wir aus der ersten Säule wegnehmen, den Bauern vorenthalten wird. Das ist Geld, das die Landwirte direkt bekommen. Es sind rund 300 Euro pro Hektar, ob Grünland oder Ackerland. Nicht bei jedem Euro, den wir umschichten, ist garantiert, dass ihn ausschließlich die Landwirte über Förderprogramme bekommen. Es gibt auch andere Anliegen. Sie wissen, es geht um den gesamten ländlichen Raum, um Wasserschutz, Klimaschutz, Bodenschutz, Umweltschutz und vieles andere mehr.

Die Landwirte haben es zurzeit mit drei großen Herausforderungen zu tun: Es gibt eine Produkt- und eine Marktkrise, es gibt eine zunehmende Bürokratie – darauf habe ich mit der Einführung eines Bürokratiefilters reagiert –, und es gibt die öffentliche Diskussion, die die Ministerin Künast – Entschuldigung! Die Ministerin Hendricks; Künast ist immer in meinem Hinterkopf, und Sie wissen auch, warum – unsäglicherweise noch verschärft hat. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir jetzt nicht auch noch für Verunsicherung sorgen, sondern die Strukturen, die wir in Bayern haben, durch unsere Förderprogramme, ob das die Ausgleichszulage ist, ob das das Kulturlandschaftsprogramm ist oder ob das die Investitionsförderung ist, auch in Zukunft im Fokus haben und erhalten, übrigens auch im Interesse der Gesamtbevölkerung. Unsere Mitbürger wollen keine riesigen Einheiten, wo nur noch Masse produziert wird, sondern bäuerliche Familienbetriebe, die überschaubar und transparent hochwertige Nahrungsmittel erzeugen.

Deswegen bitte ich, jetzt von Korrekturen abzusehen. Wir sind auf einem guten Weg, und Sie können sicher sein, dass ich die bayerischen Interessen nachhaltig in die Gespräche einbringe und mir internationale Freunde suche, um in Europa die Vorausset-

zungen dafür zu schaffen, bäuerliche Familienbetriebe weiterhin national –wenn es geht, auch verstärkt – zu unterstützen.

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön. Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Die Frau Kollegin Sengl hat sich zu einer weiteren Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Minister Brunner, ich möchte noch etwas richtig stellen. Bei der Umschichtung von Geldern aus der ersten in die zweite Säule geht es um zu 100 % von der EU finanzierte Gelder. Sie müssen eben nicht kofinanziert werden, und deshalb sind sie so interessant.

Zum Zweiten ist unser Antrag durchaus sinnvoll; denn die Agrarpolitik wird ganz sicher neu ausgerichtet, und das wäre quasi ein Zwischenschritt in die neue Richtung. Deswegen wäre es absolut richtig, dass man Zwischenschritte geht und wirklich alles dafür tut, dass sich etwas verändert. Es ist definiert, dass die Gelder in der ersten Säule direkt den Landwirten zugutekommen. Das müssen sie auch, wenn sie umgeschichtet werden. So ist es definiert, und die Gelder können eben nicht für Dorferneuerungsprogramme usw. verwendet werden. So steht es zumindest in den EU-Vorgaben, die ich gelesen habe.

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Sengl, ich weiß nicht, welche Unterlagen Sie haben. Es liegt in der Obhut jedes Nationalstaates, wie viel – von 0 bis 15 % – von der ersten in die zweite Säule umgeschichtet werden darf. Wir haben uns beim letzten Mal einstimmig, über alle Bundesländer und alle Parteien hinweg, darauf verständigt, dass wir 4,5 % umschichten. Ich habe vorhin betont, dass neben mir noch andere befürworten, es für diese Förderperiode dabei zu belassen, weil es so beschlossen war.

Es ist eben nicht so, wie Sie behaupten, dass jeder umgeschichtete Euro ausschließlich direkt staatlichen Förderprogrammen für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Vielmehr können die Länder entscheiden, dass er dem gesamten ländlichen Raum zugutekommt, was ja nicht verkehrt ist. Das können die einzelnen Länder selbst bestimmen. Nur habe ich mir 2015 ausbedungen, dass die 4,5 % in Bayern ausschließlich für Förderprogramme eingesetzt werden, an denen die Landwirtschaft partizipiert, also zum Beispiel für das Umweltprogramm oder das Kulturlandschaftsprogramm. Aber das ist nicht zwingend. In einigen Bundesländern, in denen es grüne Agrarminister gibt, wird das Geld nicht ausschließlich für die Landwirtschaft eingesetzt. Ich möchte den Finger warnend erheben, um zu vermeiden, dass die Landwirtschaft scheinheilig bessergestellt werden soll, aber eher das Gegenteil erreicht wird.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Antrag abgelehnt.